

# **Dringlichkeitsantrag: Humanität und Ordnung: für eine anpackende, pragmatische und menschenrechtsbasierte Asyl- und Migrationspolitik**



49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz  
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Gremium: Bundesvorstand  
Beschlussdatum: 09.11.2023  
Tagesordnungspunkt: D Dringlichkeitsanträge

## Antragstext

- 1 Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat im vergangenen Jahr die größte
- 2 Fluchtbewegung in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg ausgelöst. Darüber hinaus suchen wieder
- 3 mehr Menschen Schutz, die von Terror, Krieg oder politischer Verfolgung in Heimatländern wie
- 4 Afghanistan oder Syrien bedroht sind. Bund, Länder und Kommunen haben in den
- zurückliegenden
- 5 Jahren hart daran gearbeitet, den Menschen, die zu uns kommen, eine Unterkunft zu geben und
- 6 sie zu versorgen. Insbesondere die Kommunen und viele Freiwillige haben dabei Unschätzbares
- 7 geleistet. Ihnen allen gilt unser Dank.
- 8 Gleichzeitig gilt: Viele Kommunen kommen zunehmend an ihre Belastungsgrenze. Manche
- Behörde
- 9 kommt kaum noch hinterher. Die Integrationsarbeit wird erschwert. Es fehlt vielerorts an
- 10 Wohnraum und an Personal, gerade auch zur Betreuung unbegleiteter minderjähriger
- 11 Flüchtlinge. Die Kräfte der vielen Ehrenamtlichen lassen allmählich nach. Wir sehen diese
- 12 Belastung und sehen es als unseren Auftrag, die Kommunen zu unterstützen.
- 13 Vor diesem Hintergrund war es wichtig, dass Bund und Landesregierungen unterschiedlicher
- 14 Konstellation im Rahmen der Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) vom 6. November in der Lage
- 15 waren, zu einer breiten Einigung unter den demokratischen Parteien zu kommen. Diese
- Einigung
- 16 bietet eine Grundlage, um die Kommunen bei der Bewältigung ihrer großen Aufgabe zu
- 17 unterstützen. Auch wenn wir Punkte, wie etwa die geplante Verlängerung des
- 18 Grundleistungsbezugs des Asylbewerberleistungsgesetzes oder die Prüfung von Asylverfahren
- in
- 19 Transit- und Drittstaaten kritisieren: Unsere Demokratie ist stark und muss dies durch ihre
- 20 Lösungskompetenz und Handlungsfähigkeit zeigen. Das Vertrauen der Menschen in diesem
- Land in
- 21 demokratische Institutionen hängt auch davon ab, ob die Herausforderungen angegangen
- werden.
- 22 Wir wissen, dass wir Verantwortung für den Zusammenhalt im Land tragen. Unser Land kann
- 23 diese Aufgabe meistern.

24 Dabei setzen wir in der Migrationspolitik auf Humanität und Ordnung. Diese bedingen  
25 einander. Denn Humanität kann es dauerhaft nur mit geordneten Verfahren geben, während  
26 Abschottung zu Chaos führt. Es braucht klare Regeln, die den Menschen in Not helfen. Die  
27 Hilfe muss gleichzeitig vernünftig organisiert sein.

28 Deutschland ist zurecht grundgesetzlich wie völkerrechtlich einer Migrationspolitik der  
29 Humanität verpflichtet. Deutschland als eines der größten Aufnahmeländer der Welt darf seine  
30 Empathie und Menschlichkeit nicht aufgeben. Hinter jeder Zahl und jeder Statistik verbirgt  
31 sich ein Mensch, eine Familie, ein Schicksal. Die Menschen sind gezwungen, ihre Heimat zu  
32 verlassen und fliehen vor Krieg und Vertreibung. Wir wollen Schutzbedürftigen helfen,  
33 unserer humanitären Verantwortung gerecht werden und hierfür auch legale und sichere  
34 Fluchtwege gewährleisten. Wer Schutz braucht, muss Schutz bekommen.

35 Wir wollen Menschen auch Möglichkeiten und Chancen bieten. Wir brauchen Menschen, die zu  
36 uns  
37 kommen und hier arbeiten wollen. Denn unsere Gesellschaft braucht Migration, unsere  
38 Wirtschaft benötigt Fach- und Arbeitskräfte – in der Industrie, im Gesundheitswesen, in der  
39 Gastronomie, in der Wissenschaft. Dafür werben wir weltweit um die besten Köpfe und  
40 fleißigsten Hände. Wir können es uns nicht leisten, dass Menschen aus anderen Ländern sich  
41 bei uns nicht willkommen fühlen.

42 Eine Politik wiederum, die das Heft des Handelns aus der Hand gibt, kommt ihrer  
43 Verantwortung nicht nach und verliert die Akzeptanz der Bürger\*innen. Wir wissen: Steuerung,  
44 Ordnung und Rückführung gehören zur Realität eines Einwanderungslandes wie Deutschland  
45 dazu.

46 Es braucht legale und sichere Wege zu uns, jenseits einer menschenfeindlichen Festung Europa  
47 einerseits und unkontrollierter Grenzen andererseits. Wir verteidigen das Grundrecht auf  
48 Asyl und unsere internationalen Verpflichtungen wie die Genfer Flüchtlingskonvention. Wir  
49 wollen aber nicht nur ein Bekenntnis abgeben, wir wollen diesen Anspruch pragmatisch  
50 umsetzen: Wir packen reale Probleme an und entwickeln tatsächliche Lösungen. Das bedeutet:  
51 Wir wollen Kapazitäten ausbauen, die soziale Infrastruktur stärken und tragfähige Strukturen  
52 schaffen. Daneben müssen, wo die Kapazitäten erschöpft sind, durch rechtsstaatliche und  
53 menschenwürdige Maßnahmen auch die Zahlen sinken. Eine Obergrenze ist weder machbar  
54 noch  
55 rechtens noch human.

56 Kurzum: Nur eine Politik, die Werte und Wirklichkeit verbindet, wird auf Dauer tragen. Dafür  
57 wollen wir in der Gesellschaft selbstbewusst werben: Wir hören zu, nehmen Probleme ernst und  
58 setzen uns für eine rechtsbasierte Asyl- und Migrationspolitik ein, die unseren Zusammenhalt  
59 stärkt und erweitert.

60 Wir wissen um die Tragweite unserer Entscheidungen. Jede vermeintliche Kleinigkeit im  
61 Regelwerk kann existenzielle Auswirkungen für Individuen haben. Als eine Partei, die sich  
62 auch für den Einsatz für Minderheitenrechte gegründet hat, sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stets  
63 dem Grundsatz der Humanität verpflichtet. Diese in eine Ordnung zu gießen, ist nun das  
64 Gebot. Wir suchen und geben Antworten, die dem Ernst und der Größe der Herausforderung  
65 angemessen sind, statt es uns mit einfachen Antworten und unsachlichen  
66 Profilierungsversuchen leicht zu machen, wie es die Populist\*innen tun. Wir streiten

64 ernsthaft um den richtigen Weg, auch stellvertretend für die Gesellschaft. In Demut vor der  
65 Aufgabe und im Wissen darum, dass es keine einfachen Lösungen gibt.

## 66 **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich ein für:**

### 67 **1. Kommunen unterstützen**

68 Wir wollen Städte und Gemeinden besser unterstützen. Es ist gut, dass Bund und Länder bei  
69 der finanziellen Unterstützung einen großen Schritt vorangekommen sind. Dafür haben wir  
70 lange gekämpft. Als Teil der Ampelregierung sorgen wir für eine dauerhafte und strukturelle  
71 Finanzierung des Bundes, die langfristige Planungssicherheit für Länder und die Kommunen  
72 ermöglicht. Gleichzeitig etablieren wir eine flexible Komponente, die Kommunen proportional  
73 zur Zahl der Schutzsuchenden unterstützt. Nun ist klar: Wenn mehr Geflüchtete von einer  
74 Kommune versorgt werden, steigen auch die entsprechenden finanziellen Mittel. In den  
75 Kommunen wird der Grundstein für die Integration gelegt. Hier müssen die entsprechenden  
76 Voraussetzungen geschaffen und dauerhaft vorgehalten werden. Diesen Weg gehen wir weiter.

### 77 **2. Soziale Infrastruktur ausbauen**

78 Wir wollen unsere soziale Infrastruktur stärken und Investitionen auf den Weg bringen.  
79 Migration wirkt wie ein Brennglas auf bestehende Probleme, die wir alle im Alltag spüren,  
80 nicht nur bei der Aufnahme von Geflüchteten: Unsere soziale Infrastruktur muss dauerhaft  
81 stärker werden. Der Mangel an Wohnraum oder die unzureichende Anzahl an Schul- und  
82 Kitaplätzen wurde in den letzten Monaten noch einmal deutlich. Dieses Problem ist keines,  
83 das wir allein für die Geflüchteten angehen müssen, sondern für die gesamte Gesellschaft.  
84 Doch sind die Geflüchteten oft die ersten, denen die fehlenden Kapazitäten angelastet  
85 werden. Klar ist: Es wurde zu lange zu wenig getan. Wir wollen deshalb in den Wohnungsbau  
86 investieren und dafür sorgen, dass insbesondere mehr Wohnungen mit sozialer Bindung  
87 entstehen. Wir wollen auf allen Ebenen in den Ausbau guter Schulen und Kitas investieren.  
88 Dafür müssen wir mehr Lehrer\*innen und Erzieher\*innen gewinnen und ausbilden.

### 89 **3. Integrationsoffensive starten**

90 Wir wollen Integration vorantreiben und Perspektiven für Geflüchtete schaffen, damit sie  
91 Teil unserer Gesellschaft werden. Gute Integrations- und Sprachkurse sorgen dafür, dass  
92 Menschen sich schnell einleben und ihren Alltag bewältigen können. Dafür müssen die Kurse  
93 von Anfang an verfügbar sein, flächendeckend ausgebaut und zuverlässig finanziert werden.  
94 Wir nehmen die besonderen Anforderungen etwa an Integrationskurse mit Kinderbetreuung in  
den  
95 Blick, damit auch Sorgeberechtigte teilnehmen können. Wir wollen auch, dass mehr  
Sprachkurse  
96 in den Abendstunden angeboten werden, sodass sie berufsbegleitend wahrgenommen werden  
97 können. Die Migrationsberatung wollen wir stärken.

### 98 **4. Menschen, die zu uns kommen, in Arbeit bringen**

99 Wir wollen, dass Schutzsuchende schnellstmöglich eine Arbeit aufnehmen können.  
Unternehmen  
100 suchen händeringend nach Mitarbeiter\*innen und Arbeitskräften, während es für viele  
101 Geflüchtete noch schwierig, für manche sogar verboten ist, eine Arbeit aufzunehmen. Denn  
102 wenn Arbeitgeber\*innen und Geflüchtete sich einig sind, sollte der Staat nicht mit unnötiger

103 Bürokratie im Weg stehen. Wer hierher kommt, soll seinen Lebensunterhalt auch schnell selbst  
104 bestreiten können. Das entlastet die öffentlichen Kassen, leistet einen Beitrag im Kampf  
105 gegen den Fach- und Arbeitskräftemangel – und fördert frühzeitig Integration und Teilhabe.  
106 Der Arbeitsmarkt war und ist stets der stärkste Motor für Integration. Dafür haben wir die  
107 Möglichkeit eines Spurwechsels für Geduldete aus der Asyl- in die Erwerbsmigration  
108 geschaffen und mit dem Chancenaufenthaltsgesetz und dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz  
den  
109 Paradigmenwechsel eingeleitet. Wir begrüßen außerdem die von der Bundesregierung in den  
110 Verhandlungen zum Migrationspaket geplanten Erleichterungen bei der Arbeitsmarktintegration,  
  
111 zum Beispiel durch die Änderung der Stichtagsregelung bei der Beschäftigungsduldung oder die  
  
112 Lockerung von Arbeitsverboten, die eine deutliche Verbesserung bedeuten. Daran arbeiten wir  
113 weiter. Wer arbeiten kann, soll es auch dürfen.

#### 114 5. **Verfahren beschleunigen**

115 Wir wollen für schnellere Verfahren (“fast and fair”) – und damit für Klarheit für  
116 Betroffene wie für die Kommunen sorgen. Menschen, die Schutz suchen, bekommen so  
schneller  
117 Gewissheit darüber, ob sie bleiben können. Dafür müssen Verfahren vereinfacht, angepasst und  
118 digitalisiert werden. Dazu zählt insbesondere der Datenaustausch zwischen den beteiligten  
119 Behörden durch eine einheitliche bundesweite IT-Plattform, die zum Beispiel eine bessere  
120 Verteilung ermöglicht. Unnötige Bürokratie muss beendet werden. Aufenthaltserlaubnisse sowie  
  
121 Visa für Erwerbs- und Bildungsmigration sollen für längere Zeiträume erteilt werden, damit  
122 nicht ständig Verlängerungen vorgenommen werden müssen. Antragstellungen sollten leichter  
123 und digitalisiert ablaufen. Hier gehen wir mit der Visadigitalisierung bereits wichtige  
124 Schritte. Berufsabschlüsse wollen wir schneller anerkennen. So entlasten wir die Behörden  
125 und schaffen Ressourcen. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), die  
126 Einwanderungs- und Ausländerbehörden der Länder, die deutschen Auslandsvertretungen sowie  
  
127 die Verwaltungsgerichte müssen personell besser aufgestellt werden. Dafür braucht es mehr  
128 Mittel.

#### 129 6. **Rückführungen rechtsstaatlich durchführen**

130 Wir wollen, dass Rückführungen rechtsstaatlich durchgeführt werden. Nicht jeder, der nach  
131 Deutschland kommt, kann bleiben. Wer vor Krieg und Verfolgung flieht, hat ein Recht auf  
132 Schutz. Wer nach sorgfältiger Prüfung auf asyl- und aufenthaltsrechtliche Voraussetzungen  
133 sowie nach Ausschöpfung aller Rechtsmittel kein Aufenthaltsrecht erhalten hat, muss zügig  
134 wieder ausreisen. Dieses Prinzip glaubwürdig anzuwenden, ist eine Voraussetzung für die  
135 gesellschaftliche Akzeptanz. Dafür braucht es funktionierende Regeln auch im Bereich der  
136 Rückführungen, die stets rechtsstaatliche Standards sicherstellen. Die freiwillige Rückkehr  
137 steht dabei für uns im Vordergrund. Menschen, die schwere Straftaten begangen haben,  
müssen  
138 nach Verbüßung ihrer Strafe prioritär zurückgeführt werden. Da, wo Rückführungen notwendig  
139 sind, müssen sie auch vollziehbar sein, und dabei stets dem Grundsatz der

140 Verhältnismäßigkeit folgen, der unsere Leitschnur ist. Gerade der Schutz vulnerabler Gruppen  
141 sowie von Familien und Kindern muss sichergestellt sein.

## 142 7. **Migrationsabkommen abschließen**

143 Wir wollen Migration steuern, ordnen und dafür Migrationsabkommen abschließen, die zugleich  
144 legale Einreisewege schaffen. Eine bessere Steuerung der Migration kann nur gelingen, wenn  
145 wir mit den Herkunftsstaaten zusammenarbeiten. Jeder Staat ist verpflichtet, seine  
146 Staatsbürger\*innen und somit auch abgelehnte Asylbewerber zurückzunehmen; dieser  
147 Verpflichtung steht in den Migrationsabkommen ein Angebot gegenüber, das für den  
148 Herkunftsstaat und uns einen konkreten Nutzen hat. So steigern wir die  
149 Kooperationsbereitschaft, an der das Ausstellen fehlender Ausweispapiere und Rückführungen  
150 häufig scheitert und schaffen geordnete Verfahren, etwa für die Arbeitsmigration. Mehr  
151 geregelte Migration ermöglicht weniger unregelmäßige Migration: Da müssen wir hinkommen –  
weg  
152 von Schlauchboot und Schleusern, hin zu geordneten Verfahren. Die Abkommen sollen ein  
153 Gesamtkonzept bieten, das auch Resettlement-Programme, den Ausbau von wirtschaftlicher  
154 Zusammenarbeit oder Technologietransfers, Visa-Erleichterungen oder  
Qualifizierungsmaßnahmen  
155 vorsieht. Es müssen nun schnell tragfähige Abkommen durch den Sonderbevollmächtigten der  
156 Bundesregierung ressortübergreifend koordiniert und abgeschlossen werden.

## 157 8. **Gemeinsame europäische Migrationspolitik entwickeln**

158 Wir wollen ein wirksames gemeinsames europäisches Asylsystem entwickeln. Europa ist stark  
159 und handlungsfähig, wenn es zusammensteht. Wir müssen in Europa gemeinsam an einer  
160 rechtsbasierten und lösungsorientierten Flüchtlingspolitik arbeiten. Wir stehen zu unseren  
161 völkerrechtlichen und europäischen Verpflichtungen. Wir erwarten dabei allerdings auch, dass  
162 andere EU-Staaten ihre Verpflichtungen einhalten. Wir wollen eine faire Verteilung von  
163 Schutzsuchenden. Deutschland hat in den letzten Jahren sehr viele Geflüchtete aufgenommen.  
164 Wir wollen, dass alle Menschen, die zu uns kommen, an den Außengrenzen registriert werden  
165 und es zu einer fairen Verteilung in Europa kommt. Dafür müssen auch andere europäische  
166 Länder mehr Verantwortung übernehmen. Ein verbindlicher Solidaritätsmechanismus zur  
167 Verteilung von Geflüchteten ist dazu ein richtiger Schritt. In den derzeitigen Verhandlungen  
168 zur Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) setzen wir uns für ein  
169 funktionierendes, menschenwürdiges System, in dem Familien und Kinder sowie vulnerable  
170 Gruppen besonders geschützt werden, sowie für eine verbindliche Verteilung und  
171 Rechtsdurchsetzung ein. Die Einführung des auch in Großbritannien gescheiterten Ruanda-  
172 Modells lehnen wir entschieden ab.

## 173 9. **Menschenrechte auch an den EU-Außengrenzen durchsetzen**

174 Wir wollen, dass Menschenrechte überall und jederzeit eingehalten werden. Der  
175 menschenrechtswidrige Umgang mit Geflüchteten an den europäischen Außengrenzen ist  
176 unhaltbar, er sorgt für Leid und Chaos. Menschenrechte werden verletzt, ordentliche  
177 Verfahren sind nicht gewährleistet. Auch aus diesem Grund fliehen viele Menschen weiter und  
178 suchen Zuflucht bei uns. So kann es nicht weitergehen. Wir wollen deshalb Regeln in Europa  
179 schaffen, die rechtsstaatliche und menschenwürdige Aufnahmen und Verfahren sicherstellen.  
180 Wir wollen, dass Menschenrechte an den Außengrenzen überwacht und Menschen zuverlässig

181 registriert werden. Wo Menschenrechtsverstöße begangen werden, müssen diese konsequent  
182 sanktioniert werden.

### 183 10. **Seenotrettung stärken**

184 Wir wollen das Sterben auf dem Mittelmeer beenden. Die Seenotrettung ist eine rechtliche und  
185 humanitäre Verpflichtung, die wir aus tiefer Überzeugung unterstützen. Allein in diesem Jahr  
186 sind nach Angaben der Vereinten Nationen bereits mehr als 2.500 Menschen beim Versuch, das  
187 Mittelmeer zu überqueren, gestorben oder gelten als vermisst. Die EU als Wertegemeinschaft  
188 darf dem Massensterben im Mittelmeer nicht tatenlos zusehen, sondern muss es beenden. Die  
189 Förderung der zivilen Seenotrettung durch den Bund ist ein wichtiger Beitrag; sie kann  
190 jedoch keine staatlich koordinierte Seenotrettung ersetzen.

### 191 11. **Fluchtursachen bekämpfen**

192 Wir wollen die komplexen Ursachen für Flucht und Migration in einem umfassenden Ansatz  
193 gemeinsam mit den Herkunfts- und Transitländern bearbeiten. Die wichtigsten Auslöser sind  
194 bewaffnete Konflikte und Verfolgung aus politischen, ethnischen oder religiösen Gründen.  
195 Hinzu kommen die sich verschärfende Klimakrise sowie strukturelle Ursachen, die in  
196 wirtschaftlichen und sozialen, aber auch politischen Unsicherheiten liegen. Die allermeisten  
197 Menschen, die ihre Heimat verlassen müssen, sind Binnenvertriebene oder finden Zuflucht in  
198 den jeweiligen Nachbarstaaten. Mit dem Ausbau verlässlicher humanitärer Hilfe sowie  
199 strukturbildender Übergangshilfe in Krisenregionen können wir Menschen – darunter auch  
200 Geflüchtete und Binnenvertriebene – in ihrer akuten Notlage unterstützen. So tragen wir dazu  
201 bei, das Leid unmittelbar vor Ort zu lindern. Mit Entwicklungszusammenarbeit auf Augenhöhe,  
202 sowie mit fairen Handelsbeziehungen können wir langfristig zur Verbesserung der  
203 Lebensperspektiven beitragen; die Bereitstellung von Stabilisierungsmitteln trägt zur Krisen-  
204 und Konfliktprävention bei.

## Begründung der Dringlichkeit

Seit dem Antragsschluss haben sich relevante Neuerungen ergeben: Die Ministerpräsidentenkonferenz am 06. November 2023 hat mit dem „Deutschlandpakt Migration“ relevante Vereinbarungen getroffen, die in diesem Antrag adressiert werden. Hierzu zählen zum Beispiel die Vereinbarungen zur strukturellen Beteiligung an den Kosten zur Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten durch den Bund.

## Begründung

mündlich